

15.07.2014

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.3)

Frau Senatorin Schiedek trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2014/1534, betreffend

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom
27. Februar 2014

"Finanzielle Situation der Rechtsreferendare verbessern" (Drs. 20/8000),

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

A. Hitpaß
Annette Hitpaß

702. 29-01-2014
7M. 04-01



10. P. I. 3
B

**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. Februar 2014
„Finanzielle Situation der Rechtsreferendare verbessern“ (Drs. 20/8000)**

A. Zielsetzung

Beantwortung des Ersuchens der Bürgerschaft aus der Mitteilung der Bürgerschaft an den Senat aus der 81. Sitzung am 27. Februar „Finanzielle Situation der Rechtsreferendare verbessern“ (Drs. 20/8000), mit dem der Senat ersucht worden ist, die Möglichkeiten einer finanziellen Besserstellung der Hamburger Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, insbesondere im Hinblick auf eine Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe, eine Anhebung der Anrechnungsuntergrenze sowie eine Besserstellung durch Familienförderung umfassend zu prüfen und jeweils die damit verbundenen Kosten darzustellen und der Bürgerschaft hierüber bis zum 28. Februar 2014 zu berichten.

B. Lösung

Berichterstattung durch eine Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, die insbesondere verschiedene Maßnahmen zur finanziellen Besserstellung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die dazugehörigen Kostenschätzungen sowie die ergriffenen Maßnahmen des Senats darstellt.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
Gewahrung eines Familienzuschlags
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf Beantwortung des Ersuchens